Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Leitung Nr. 2535; der Redaktion Nr. 2532; Geschäftsstelle Nr. 176; Nebengeschäftsstelle (Markt 24) Nr. 2265.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Neununddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.

Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 46. Halle a. d. Saale, Freitag, den 27. Januar **1905.**

Kornhaus und Getreidehandel.

Das in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts üppig in die Halme geschossene Genossenschaftswesen, in seinen Grundlagen rein wirtschaftlicher und defensiver Natur, ist von allem Anfang an von den Parteien als Kampfmittel in die politische Arena getragen worden. Die Idee des Zusammenschlusses von Individuen gleicher wirtschaftlicher und sozialer Bedingungen zu einer widerstandsfähigen Vereinigung war keine besonders neue oder überraschende. Schon die Kinderfibel erzählte uns von jenem sterbenden Vater, der seine Söhne auffordert, ein Rutenbündel zu zerbrechen. Als niemand dazu imstande war, löste der Vater das Bündel auf und reichte den Söhnen die einzelnen Stäbchen. Und siehe, sie zerbrachen wie Glas. Die Nutzanwendung ist leicht gezogen. Der Einzelne, dem nicht eine ganz außergewöhnliche Widerstandskraft zu eigen ist, wird zermalmt im harten Ringen des Tages; die Eintracht, der Zusammenschluß vieler Kleiner zu gemeinsamem Zweck bringt Macht und Ansehen. An dieser Tatsache konnte man um so weniger vorbeigehen, als mit dem Erwachen des Solidaritätsgefühls in den unteren Schichten des Volkes und dem Erstarken der großkapitalistischen Fraternität der Mittelstand, der Gewerbtreibende, der Landwirt, der Kaufmann in die Gefahr gerieten, zwischen den von beiden Seiten andringenden Gewalten erdrückt zu werden. Aus sich selbst heraus mußte bei dieser Sachlage die Stellungnahme zu den Genossenschaften einen politischen Beigeschmack bekommen. Schulze-Delitzsch gründete seine Genossenschaften auf dem Boden festgewurzelter liberaler Anschauungen, Raiffeisen ging auf das platte Land und suchte den mehr oder weniger konservativen Tendenzen zuneigenden ländlichen Kreisen aufzuhelfen. Zahlreiche andere Gründungen entstanden und verschwanden wieder im Laufe der Zeiten; keine Partei von der äußersten Linken bis zu den Ultras der Rechten verschmähte es, das Genossenschaftswesen als Heilmittel für die Leiden der Zeit den Gesinnungsgenossen zeitweilig zu empfehlen und die entstehenden Gesellschaften zu unterstützen und zu propagieren. Freilich liegt es im Wesen politischer Faktionen, den Schützling in kürzester Zeit zum Gegendienst zu verpflichten. Die rein wirtschaftlichen Antriebe mußten es sich gefallen lassen, in den Dienst der politischen Mache gestellt zu werden und am Wahltage mit ihrem Schwergewicht die Urne zu füllen. Je mehr in der Gegenwart volkswirtschaftliche Fragen in den Vordergrund getreten sind und die Idealität der reinpolitischen Impulse zurückgedrängt haben, um so mehr gewannen die Interessenvertretungen an Wucht im Leben des Staates.

Im Wesen der Dinge liegt es, daß unter solchen Vorbedingungen die materielle Begehrlichkeit gar zu leicht in die Breite wächst, über den notwendigen Ausgleich der Gegensätze im Wirtschaftsleben achtlos hinweggeht, die Berechtigung entgegenstehender oder abweichender Interessen bestreitet, Staat und Gesetzgebung als Vorspann für sich, als Sturmbock gegen die anderen benutzen will. Eine weise Staatsregierung darf natürlich solchen Aufforderungen keine Folge geben. Noch viel weniger wie auf rein politischem Gebiete, darf sie im wirtschaftlichen Schachspiel den Boden der Neutralität verlassen und etwa den Drängern nachgeben, die dem vorrückenden schwarzen Bauer zuliebe den behenden Springer oder gar die Dame ohne Bedenken opfern. So etwas rächt sich auf alle Fälle.

Als vor sechs Jahren in Preußen die mächtigen Herren aus dem agrarischen Lager die Regierung dazu vermochten, staatliche Beihilfen zur Errichtung von Kornhäusern zu geben, war die in den Worten „jeder Preuße ist vor dem Gesetz gleich" festgelegte Neutralität der Regierung dahin und geschwunden. Wenn der Landwirtschaftsminister auch gestern im Landtage erklärte, er habe bei der Schöpfung nicht Pate gestanden, so will das wenig sagen. Es verschlägt nichts, ob er oder sein Vorgänger das Kind über die Taufe gehalten — der preußische Staat war Pate für die Kornhäuser, die mit dem bewußten Zweck ins Leben traten, den reellen Handel zu untergraben und existenzunfähig zu machen. Und das Patengeschenk wurde aus allgemeinen Mitteln genommen.

Direkte Zuschüsse werden nicht gegeben, sagte Herr von Podbielski. Aber die Hergabe der Bausumme für die Errichtung der Silos, die mit Zinsen und Amortisation ganze 4½ Proz. betragende Pachtsumme, die also fast einem Geschenk gleichkommt, konnte er nicht aus der Welt schaffen; er konnte keine Auskunft geben über den seltsamen Umstand, daß für die aus öffentlichen Geldern erhaltenen Kornhäuser keine Abschlüsse und keine Bilanzen der Volksvertretung vorgelegt werden. Podbielski wußte nichts zu sagen, als der Abgeordnete Blell erzählte, die Kornhausgenossenschaft Halle habe die Kornhausgebäulichkeiten verlassen und das Pachtverhältnis nicht erneuert. Der Provinzialverein der Getreidehändler der Provinz Sachsen habe den Minister gebeten, ihm das Haus zu gleichen Bedingungen zu überlassen, aber der Minister — habe nicht geantwortet. Wenn keine Bevorzugung der zur Bekämpfung des Getreidehandels gegründeten Genossenschaften vorgelegen hat, warum verpachtet die Regierung die kostspieligen leerstehenden Gebäulichkeiten nicht bei dem nächsten ausreichenden Angebot? Dieser Widerspruch blieb unaufgeklärt. Oder vielmehr er mußte übergangen werden, damit nicht gar zu deutlich die ungerechtfertigte Parteinahme für einen einzelnen Erwerbsstand zu ungunsten eines anderen an die Oberfläche trete. Der liberale Abgeordnete Blell hatte seine Resolution, die Rechenschaft über die Verwendung von Staatsgeldern für die Kornhausgenossenschaften fordert, mit Berechtigung eingebracht. Die Ablehnung der Resolution sagt gar nichts. Nur ein neuer Beweis ist damit erbracht, daß im preußischen Landtage selbstverständliche Forderungen kein Gehör finden, wenn dadurch den steif und fest an ihr Privilegienrecht glaubenden Herren der Rechten das Spiel verdorben wird. Interessant in den Ausführungen des Abg. Blell waren besonders die Stellen, wo er sich mit dem ganz besonders schlecht abschließenden Kornhaus Halle befaßte. Er sagte:

> Die Musteranstalt Halle hatte 1900/01 55,000 M. Verlust (Hört, hört! links), 1901/02 82,000 M., 1902/03 99,000 M. Als die Kornhäuser errichtet wurden, wurde uns durch eine lebhafte Agitation große Begeisterung geschaffen. In Halle führte diese dazu, daß bei der Gründung 261 Mitglieder vorhanden waren. Bis 1902/03 hat sich die Mitgliederzahl sehr langsam vermehrt. Als aber die großen Verluste kamen, sann der Aufsichtsrat auf Mittel zur Besserung. Es wurden die Statuten geändert, es wurden die Geschäftsanteile von 30 auf 100 M., erhöht, die Haftsumme von 100 auf 300 M., ebenso der Lieferungszwang. Das hatte aber zur Folge, daß ⅔ sämtlicher Mitglieder das Vertrauen zur Genossenschaft vollständig verloren, das Pachtverhältnis mit der Regierung wurde nicht erneuert, — das Kornhaus steht nun leer.

Wer trägt bei dem unleugbaren Fiasko die Kosten? Doch die Allgemeinheit, die Steuerzahler, selbst die Vertreter des Handels, der zu Boden geworfen werden soll. Haben sich die Genossenschaften mit der Unterstützung des Staates kaum lebensfähig erwiesen, im freien Wettbewerb würden sie die geringe Konkurrenzfähigkeit ganz und gar verlieren. Die Unabhängigkeit vom Handel ist bei dem fortgeschrittenen Stande unserer wirtschaftlichen Entwicklung unmöglich, die Propaganda für einen derartigen Zustand geradezu schädigend, wie die Geschichte der Kornhäuser zeigt. Wir brauchen hier nicht zu reden von den Mitteichen, mit denen nebenbei dem verhaßten Handel zu Leibe gegangen werden soll. Unreellitäten, Uebervorteilung sollen einzelne seiner Angehörigen sich zu schulden kommen lassen. Ist es nicht nachgewiesen, daß auch die Kornhäuser nicht stets auf ganz einwandfreiem Terrain geblieben sind? Man denke an die Aufklärungen des kürzlich vor der Dessauer Strafkammer verhandelten Prozesses Kornhausgenossenschaft Halle contra Getreidehändler Feit. Die Kornhäuser haben an Leute verkauft, die Nichtgenossen waren, sie haben sich mit dem Verkauf von Futtermitteln und Düngestoffen abgegeben. Lassen sich derartige Abweichungen von dem eigentlichen Zwecke rechtfertigen, wenn für bestimmt umrissene Arbeitsgebiete der öffentliche Säckel in Anspruch genommen wird? Der deutsche Handel steht hochgeachtet im Weltverkehr da, es hat niemand das Recht, ihm Unreellität vorzuwerfen. Er kann über solche Anwürfe stolz hinweggehen, um so eher, wenn die Verleumdungen auf dem Sumpfboden des engherzigen Klassen- und Standesegoismus wachsen. Blinde Schößlinge treibt jeder Baum. Zeigt der Handel dann und wann eine faule Blüte, so haben die Kornhausgenossenschaften dem Eindringen nicht ganz zweifelsfreier Praktiken nicht widerstehen können. Das ist nun mit menschlichen Einrichtungen einmal so. Ohne Haß und Vorliebe soll man weder hüben noch drüben mit solchen unvermeidlichen Erscheinungen rechten wollen.

Der Handel, auch der Getreidehandel, hat seine Berechtigung und muß als Vermittler und Anreger erhalten bleiben, soll anders nicht unser Wirtschaftsleben der Stagnation und dem Rückgang verfallen. Wollen die Landwirte Genossenschaften zur gegenseitigen Unterstützung gründen, wir begrüßen es und wünschen Erfolg, damit der eifrige Beackerer des heimischen Bodens im Daseinskampf Herd und Haus aufrecht erhalten kann.

Aber Genossenschaften mit Staatssubvention muß ein gerecht und liberal denkender Staatsbürger stets bekämpfen. Solche aus allgemeinen Mitteln erhaltenen oder begünstigten Vereinigungen dienen nur einseitigstem Klasseninteresse, stören den freien Wettbewerb, bedrängen den nicht unterstützten gleichberechtigten Volksgenossen und bringen dem wirtschaftlichen Vorwärtsstreben Verteinerung und Kirchhofsruhe. ⊙

Deutsches Reich.

Die Regentschaftsfrage im Lippeschen Landtage.

Aus Detmold, 26. Januar, wird gemeldet: Die heutige Sitzung des Landtages wurde um 10 Uhr vom Präsidenten eröffnet. Anwesend waren sämtliche Mitglieder, von der Regierung Staatsminister Gevekot. Der Präsident verlas eine Eingabe des Grafen Erich zur Lippe-Weißenfeld, der den Landtag bittet, beide Vorlagen der Regierung betreffend die Regentschaft und die Thronfolge abzulehnen, da durch deren Annahme der Weißenfelder Linie die Erhebung der Ansprüche auf den Thron erschwert würde. Der Landtag beschäftigte sich darauf mit der Vorlage der Regierung betreffend die Regentschaft und die Thronfolgefrage. Die Begründung der Vorlage gab Staatsminister Gevekot, der hauptsächlich betonte, daß die Regierung ihre Aufgabe darin erblicke, die im vorigen Herbst geschaffene Spannung zwischen der Volksvertretung und der Regierung zu beseitigen. Abg. Schemmel bemerkte, daß der Landtag mit der Vorlage im wesentlichen wohl einverstanden sei. Zur Abänderung gewisser Bestimmungen empfehle sich die Kommissionsberatung. Der neugewählte Abg. Lehrer Bruns bezeichnet den gegenwärtigen Zeitpunkt als günstig für die Revision des Domänalvertrages vom Jahre 1868, der die Domänen als fürstliche Fideikommisse erklärt. Es müsse dahin gestrebt werden, bei dieser Gelegenheit diesen Vertrag zugunsten des Volkes abzuändern. Andere Redner gingen auf die Eingabe des Grafen Erich zur Lippe-Weißenfeld zurück und erklärten, daß im Falle das Schiedsgericht zu ungunsten des Grafen Leopold sich erkläre, nicht der Fürst von Bückeburg, sondern die Weißenfelder Linie zunächst berechtigt sei. Nach 1½stündiger Beratung, in der der Staatsminister erklärte, daß Graf-Regent Leopold seine Regentschaft bis zur Fällung des Schiedsspruches als interimistisch betrachte, erfolgt die Kommissionsberatung in nicht öffentlicher Sitzung. Um 4½ Uhr nachmittags wurde die Sitzung des Landtages wieder eröffnet. Die erste Vorlage, betr. Fortführung der Regentschaft durch den Grafen Leopold bis zur Fällung des Schiedsspruches, wurde sodann nach einem kurzen Referat des Abgeordneten Schemmel als Berichterstatter der Kommission in drei Lesungen angenommen. Die Beschlußfassung über die zweite Vorlage, in welcher der Landtag ersucht wird, den zu erwartenden Schiedsspruch als maßgebend für die **Thronfolge in Lippe anzuerkennen**, wurde ausgesetzt, da der Landtag zu einer Einigung mit dem Staatsministerium nicht gelangen konnte. Der Berichterstatter erklärte ferner, daß der Landtag zwar mit der Tendenz der Vorlage durchaus einverstanden sei, aber über einzelne Bestimmungen habe er es für nötig befunden, Abänderungen zu treffen. Gleichzeitig wurde die Eingabe des Grafen Erich zur Lippe-Weißenfeld zurückgestellt bis zur nächsten Sitzungsperiode. Der Staatsminister erklärte dann im höchsten Auftrage den Landtag für vertagt.

Politisches.

— Da die Großherzogin Karoline von Sachsen-Weimar kinderlos geworden ist, so ist ein unmittelbarer Thronfolger für das sächsische Großherzogtum nicht vorhanden. Vorausgesetzt, daß Großherzog Wilhelm Ernst nicht zu einer neuen Ehe schreitet, ist daher als nächster Anwärter der Krone der Prinz Wilhelm von Sachsen-Weimar anzusehen, der zum Großherzog von väterlicher Seite in einem ziemlich entfernten Verwandtschaftsverhältnis steht, indem er der Nachkomme eines Urgroßvaterbruders desselben ist; der Großherzog stammt von dem ältesten Sohne Karl Augusts, des Freundes Goethes, Prinz Wilhelm von einem jüngeren Sohne ab. Außerdem aber ist der Prinz Wilhelm als der Bruder der verstorbenen Erbgroßherzogin Pauline, der Oheim des Großherzogs Wilhelm Ernst. Man will wissen, wie der „Rü. Kur." schreibt, daß trotz dieser nahen Verwandtschaft das Verhältnis zwischen beiden kein sehr inniges ist. Prinz Wilhelm wurde am 31. Dezember 1853 in Stuttgart als der älteste Sohn des Prinzen Hermann geboren, der hauptsächlich durch sein Interesse für den Rennsport weiteren Kreisen bekannt geworden ist und nach seiner Vermählung mit der Prinzessin Auguste von Württemberg in württembergische Dienste getreten war. Prinz Wilhelm begann seine militärische Karriere im preußischen 10. Jägerbataillon und unterbrach diese, um in die niederländisch-ostindische Kolonialarmee einzutreten, wo er unter dem Inkognito eines „Barons von Roda" diente. Nach Deutschland 1883 zurückgekehrt, wurde er im 2. badischen Dragonerregiment Nr. 21 in Bruchsal als Leutnant wieder eingestellt und zwei Jahre später in das 2. westfälische Husarenregiment Nr. 11 nach Düsseldorf versetzt. Dessen Uniform trägt er als Major à la suite der Armee noch heute. Er ist seit dem 12. April 1885 mit der Prinzessin Geria zu Pleßburg und Bidingen-Wächtersbach, einer Enkelin des letzten Kurfürsten von Hessen, verheiratet und Vater von drei Kindern, den Prinzen Hermann (geb. 14. Februar 1886) und Albert (geb. 31. Dezember 1886), sowie der Prinzessin Sophie (geb. 25. Juli 1888). Seinen Wohnsitz hat Prinz Wilhelm seit einer Reihe von Jahren in Heidelberg. Ein Bruder des Prinzen ist bekanntlich der in Hannover ansässige Graf Crayenberg, der auf Namen, Rang und Titel eines Prinzen des Großherzoglichen Hauses verzichtet hat.

— Einer Enttäuschung der Bündler über den neuen deutsch-österreichischen Handelsvertrag gibt die „Deutsche Tagesztg." Ausdruck. Diesem Organ des Bundes der Landwirte fällt es „ungemein schwer", daran zu glauben, daß die deutsche Regierung „sich zu derartigen Zugeständnissen verstanden habe", wie sie von dem offiziösen „Wiener Fremdenblatt" angedeutet werden. „Es brauchl," schreibt die „Deutsche Tagesztg.", „kein Wort darüber verloren zu werden, daß beispielsweise die Viehzölle vollkommen ungenügend sein würden." Noch erbitterter ist die „Deutsche Tagesztg." über Zugeständnisse in der Frage der Viehseuchenkonvention. Das Blatt erklärt, sich bis zum letzten Augenblick gegen die Annahme sträuben zu müssen, „daß man auf diesem Gebiete irgendwelche Zugeständnisse gemacht haben sollte. Die nächsten Tage werden ja lehren, ob wir recht hatten. Sollten wir uns getäuscht haben, so würde sich eine grenzenlose und gefährliche Verbitterung der landwirtschaftlichen Kreise bemächtigen. Darin dürfen wir uns keinesfalls täuschen."

— Die Freisinnige Volkspartei im Abgeordnetenhause wird voraussichtlich in der Kanalvorlage nicht geschlossen, sondern verschieden stimmen.

Parlamentarisches.

— Die Budgetkommission des Reichstages bewilligte die Forderung der fortdauernden Ausgaben für Unterbeamte in gehobenen und sonstigen Dienststellen und nahm dazu den Antrag Gröber an, den Regierungen gegenüber die Bereitwilligkeit auszusprechen, für die Unterbeamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung Gehaltsbezüge von 1000 bis 1600 M. zu bewilligen. Staatssekretär Krätke erklärte, für die Unterbeamten stehe eine ansehnliche Zulage an Wohnungsgeldern in nächster Zeit in Aussicht.

Kirche und Schule.

— Am schwarzen Brett der Technischen Hochschule in Braunschweig ist folgendender Anschlag des Rektors angeheftet worden:

> Der gesamten Studentenschaft zeige ich hierdurch folgenden einstimmig gefaßten Beschluß des Lehrerkollegiums an: Das allgemeine Lehrerkollegium bedauert die Zuspitzung der Verhältnisse zwischen den deutschen und russischen Studenten, zumal schon seit längerer Zeit seitens der Lehrerschaft Schritte erwogen werden, die Ausländerfrage zu regeln. Die Lehrerschaft hält das Verhalten des Ausschusses gegen Rektor und Senat, nachdem diese die Sachlage aufgeklärt und hinlänglich die Hand zum Frieden geboten, für durchaus un-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19050127022/fragment/page=0001

gehörig und beschließt, den Ausschuß aufzulösen und Studentenversammlungen bis auf weiteres zu verbieten.

Verwaltung und Rechtspflege.

— Die zuständige Kammerkommission in Stuttgart beantragte unter Hinweis auf die bisherige Praxis, die von der Staatsanwaltschaft nachgesuchte Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Redakteurs Keil wegen Beleidigung des Königs von Sachsen nicht zu erteilen.

Versammlungen und Kongresse.

— Der Gesamtvorstand des deutschen Kriegerbundes und des Preußischen Landes-Kriegerverbandes hielt in Berlin im Bundesbureau eine Sitzung ab, in der die Vorlagen für die diesjährigen Abgeordnetentage der beiden Verbände beraten wurden. An die Sitzung schloß sich zur Feier des Geburtstags des Kaisers ein Festmahl im „Norddeutschen Hof", an dem der Gesamtvorstand, sowie Vertreter des Kriegsministeriums und des Ministeriums des Innern und eine Anzahl von Mitgliedern des Reichstags und des Preußischen Abgeordnetenhauses, die dem Kriegervereinswesen nahe stehen, teilnahmen. Den Trinkspruch auf den Kaiser brachte der Vorsitzende des Deutschen Kriegerbundes und des Preußischen Landes-Kriegerverbandes, General der Infanterie z. D. v. Spitz, aus.

Heer und Flotte.

— Kaiserliche Marine. „Hansa" ist mit dem 2. Admiral des Kreuzergeschwaders am 25. Januar in Shanghai eingetroffen. „Seeadler" ist am 25. Januar in Futschau eingetroffen und geht am 30. Januar von dort nach Amoy in See. „Iltis" ist am 26. Januar in Tschifu eingetroffen und geht am 28. Januar von dort nach Tsingtau in See.

Koloniales.

— 609 chinesische Kulis stehen, wie der „Köln. Ztg." berichtet wird, in Swatau zur Ueberführung nach Samoa bereit.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht der „Saale-Zeitung".)

128. Sitzung vom 26. Januar, 1 Uhr.

(Schluß aus der Morgen-Ausgabe.)

Abg. **Stöcker** (b. k. Fr.): Ich spreche meine Freude darüber aus, daß in dem Etat so viele neue Stellen gefordert werden. Dies zeigt von der sozialen Fürsorge des Staatssekretärs. Ich wünschte aber, daß er sozialpolitisch noch weiter ginge und Ausschüsse aus sämtlichen Beamtenkategorien schaffte, mit denen die Postverwaltung in Beratung treten könnte. Wie viele Klagen unter den Postbeamten laut werden, davon legt schon die Tatsache Zeugnis ab, daß in einem Jahre nicht weniger als drei Broschüren von Postbeamten erschienen sind. In weiten Kreisen herrscht also Unzufriedenheit, auch darüber, daß der Wohnungsgeldzuschuß auf dem Lande und in den kleinen Städten so viel geringer ist als in großen. Das ist nicht gerecht. Denn in mancher Beziehung z. B. bezüglich der Kindererziehung lebt man auf dem Lande teurer als in den Städten. Ein Landpfarrer lebt teurer als ein Stadtpfarrer. Ferner muß der **Nachtdienst eingeschränkt** werden, ebenso der Sonntagsdienst, hier stimme ich mit dem Zentrum überein, außerdem stimme ich darin dem Vorredner bei, daß der Schalterschluß an allen Abenden früher erfolgen könnte. Redner wünscht noch, daß die Landbriefträger für den Winter große Pelzmützen mit Ohrenklappen bekommen, damit sie es schön warm haben.

Abg. Dr. **Wallau** (ntl.): Wenn man die Ausführungen des Redners der polnischen Fraktion hört, dann mußte man wirklich sagen, daß hier event. gegen das Verkehrsbedürfnis gesündigt worden ist. Sah man sich aber nachher das Material an, das der Redner auf den Tisch des Hauses legte, so hatte man ein ganz anderes Bild. Da sah man Adressen mit unaussprechlichen polnischen Ortsnamen. Das geht doch **wirklich über die Gemütlichkeit**. Wenn die Post nun ein Uebersetzungsbureau eingerichtet hat, so ist das ein Entgegenkommen, eine Courtoisie. Briefe mit unentzifferbaren Aufschriften gehören eigentlich an den Absender zurück. Die Forderung der Gleichberechtigung der polnischen Sprache mit der deutschen ist eine **polnische Arroganz**.

Der Anregung des Herrn Erzberger auf Ermäßigung der Fernsprechgebühren für gemeinnützige Arbeitsnachweise stehen wir sympathisch gegenüber, aber es gibt noch viel mehr gemeinnützige Anstalten, die dieselben Vergünstigungen beanspruchen könnten. Wollte man allen diesen Wünschen entgegenkommen, so muß man auch dabei die finanzielle Tragweite erwägen, daher bedarf diese Anregung reiflicher Prüfung.

Eine Bitte möchte ich dem Herrn Staatssekretär dringend ans Herz legen, das ist die Ausdehnung des Fernsprechnetzes auf dem flachen Lande. Es ist bedauerlich, daß man auf dem flachen Lande zum größten Teile kein Telephon hat, durch das der Notschrei der Bevölkerung zum Staatssekretär dringen könnte. (Heiterkeit.) Als ich einen Berliner Jungen vor einiger Zeit von der „Quasselstrippe" sprechen hörte als von etwas ganz selbstverständlichem, wie wurde mir da! Denn wir Landbewohner kennen das Telephon nur vom Hörensagen, und als die Post endlich daranging, den Fernsprechverkehr auf das platte Land zu verlegen, unter welchen Modalitäten tat sie das! Den großen Städten fielen die Einrichtungen kosten- und opferlos in den Schoß und warum? Weil sie sich dort rentieren. Von einer unentgeltlichen Anlage auf dem platten Lande war aber nicht die Rede. Man verlangt von den Landgemeinden eine **10prozentige Garantie auf 5 Jahre**. Das ist ein Zinsfuß, den man bei einem privaten Geldgeber, besonders wenn es sich um einen jüdischen Geldgeber handeln würde, als **Wucher** bezeichnet; andernfalls sollten die Gemeinden 40 Proz. zu den Anlagekosten beitragen. Ich meine, man könnte doch die Frage des Zuschusses von etwas weiteren Gesichtspunkten ansehen, als von rein finanziellen. Das Telephon ist auf dem Lande gerade besonders wichtig. Man braucht es zur Herbeiführung von ärztlicher Hilfe, von tierärztlicher Hilfe, von Hilfeleistung bei Feuersgefahr, auch von anderen Dingen, die vielfach das Wohl und Wehe der Ortschaften beeinflussen, z. B. wenn irgendwo ein Bulle zu verkaufen ist, dann ist die telephonische Anfrage, ob ein Bulle und wie, sehr wichtig. Ich bitte den Staatssekretär, daß er uns **wenigstens den Hoffnungsschimmer gibt**, daß die Landgemeinden nicht so sehr mit Zuschüssen bei Anlage und bei der Benutzung herangezogen werden.

Unterstaatssekretär **Sydow**: Die Reichstelegraphenverwaltung ist von der Notwendigkeit, mit der Ausdehnung des Fernsprechwesens über das flache Land so weit und so rasch als möglich vorzugehen, überzeugt. Auch bisher ist getan, was möglich war. Aber man mußte sich beschränken; wenn man allen Anträgen entsprechen wollte, die von den Landgemeinden aus gestellt wurden, dann müßte man nicht nur über ganz andere Mittel verfügen, sondern auch über ein Maß von Kräften zur Herstellung der baulichen Anlagen, wie es nicht so leicht zu beschaffen ist. Um nun eine gerechte Auswahl zu schaffen, haben wir uns bemüht, das Verkehrsbedürfnis zu erkennen. Wir haben daher diejenigen Orte zunächst bevorzugt, die eine Bruttoeinnahme von 10 Proz. für fünf Jahre garantieren konnten. Wenn die Gemeinden selbst dieses Risiko eingingen, dann war wohl anzunehmen, daß ein Verkehrsbedürfnis vorlag. Statt dieser Garantie haben wir auch die einmalige Zahlung von 40 Proz. der Anlagekosten entgegengenommen. Das ist nichts weiter als eine Kapitalisierung der Garantie.

Abg. **Hug** (Ztr.) tritt dafür ein, daß die Postdirektoren, nicht nur Berlins, sondern aller großen Städte, eine pensionsfähige Zulage von 600 M. erhalten; **auch die Oberpostpraktikanten sollen 300 M. Zulage erhalten.**

Abg. **v. Gerlach** (freis. Vgg.): Die Art und Weise, wie Herr Böckler hier über **Beschäftigung der Frauen bei der Post** gesprochen hat, beweist nur, wie niedrig das Niveau ist, von dem aus man die Frauenarbeit **beurteilt**. Die Post muß sich ein Beispiel an der Eisenbahn **nehmen** und noch mehr Frauen anstellen. **Die neuen Telephonapparate**, die man erst seit **kurzem** eingeführt hat, **sind schlechter als die alten**. Es scheint, daß keine gehörige Prüfung der Apparate vorhergegangen ist. Die Postunterbeamten wünschen seit langem schon, daß es ihnen gestattet sei, einen großen, allgemeinen Verband zu bilden, wie ihn die Assistenten schon lange besitzen. **Leider** hat die Postverwaltung diesen billigen Wunsch noch immer nicht erfüllt. Redner bringt ferner noch eine Anzahl von Wünschen der Unterbeamten vor und fordert: Sturmbänder an den Mützen der Landbriefträger, Regenmäntel für alle Unterbeamten im Außendienst, frühere Erreichung des Höchstgehaltes und allgemeine Gehaltsaufbesserung für die Landbriefträger, und kürzere Arbeitszeit für alle Postbeamten.

Abg. **Raab** (Antis.): Ich bitte, Herrn von Gerlach nicht auf das Gebiet der Frauenarbeit zu folgen, denn diese ist zurzeit doch nur noch ein Problem. Als glücklicher Besitzer eines Telephonanschlusses bin ich keineswegs entzückt von der Frauenarbeit bei der Post. So konnte ich z. B. am Montag das Telephon überhaupt nicht benutzen, vermutlich, weil die Damen von der Sonntagsruhe einen anderen Gebrauch machten, als wir es wünschten. (Heiterkeit.) Im übrigen glaube ich, daß Herr Kraetke jetzt **lieber Landbriefträger als Staatssekretär** sein möchte (Heiterkeit), denn es muß keinen Spaß machen, so lange hier zu sitzen und sein Gehalt zu verteidigen und dabei so viele Einzelwünsche anzuhören. (Heiterkeit.) Redner bringt darauf noch eine große Anzahl von Einzelwünschen vor und verlangt u. a. eine Wintermütze mit Ohrenklappen für die Briefträger, Einführung von Briefmarkenheftchen, Fortfall der Bestellgebühr, Heraufsetzung der Gewichtsgrenze für Auslandsbriefe auf 20 Gramm, Vermehrung der Postämter in Hamburg und Errichtung eines Postamts in Winterhude bei Hamburg.

Staatssekretär **Kraetke**: Mir ist es nicht bekannt, das die Einwohner Winterhudes ein Postamt gewünscht haben. Man kann im übrigen nicht sagen, daß wir die Bedürfnisse Hamburgs vernachlässigen, wenigstens hat sich die Hamburger Handelskammer noch nicht beschwert. **Das Bestellgeld finde ich auch nicht schön**, doch ist es nicht so einfach, dasselbe abzuschaffen, denn es steht in unserem Etat mit 19 Millionen Mark. Man müßte daher schon das Porto erhöhen, und ehe wir uns dazu entschließen, müßten wir die Frage erst gehörig prüfen.

Abg. Dr. **v. Jazdzewski** (Pole): Ich gebe zu, daß manchmal den Postbeamten im Osten Schwierigkeiten dadurch entstehen, daß zu viele Titel auf die Briefe geschrieben werden. In den meisten Fällen aber werden die Briefe der Uebersetzungsstelle überwiesen, obwohl die Beamten gut wissen, für wen sie bestimmt sind. Ich habe mein eigenes Postfach, bekomme ca. 2000 Briefe im Jahr, trotzdem gehen die Hälfte meiner Briefe an das Uebersetzungsamt. Ich sollte aber doch meinen, daß die Beamten so intelligent sein müßten, daß sie wüßten, was die tausendmal schon gelesene Adresse bedeutet. Ich will nicht sagen, daß die Beamten Chikane üben wollen, aber sie sind **falsch instruiert**. Ein großer Teil der Bevölkerung im Osten kann gar keine deutschen Adressen schreiben. Erschwert wird die Lage durch die plötzliche Umänderung vieler Ortsnamen. Die Post müßte deshalb ein Verzeichnis der Ortschaften herausgeben.

Abg. Dr. **Sattler** (nl.): Auch die Rede des Vorredners hat mich nicht davon überzeugen können, daß die Schuld auf seiten der Postverwaltung liegt.

Hiermit schließt die Debatte. Der Titel „Gehalt des Staatssekretärs" wird **bewilligt**.

Es folgt die Abstimmung über die **Resolutionen des Zentrums**. Dieselben lauten:

I. Resolution Dr. **Hitze** (Ztr.):

Der Reichstag wolle beschließen:

Den Reichskanzler zu ersuchen, den gemeinnützigen Arbeitsnachweisen in bestimmten (Morgen-) Stunden die Benutzung der Fernsprecheinrichtungen gegen ermäßigte Vergütigung zu ermöglichen.

II. Resolution Dr. **Hitze** (Ztr.) u. **Gen.:**

Der Reichstag wolle beschließen:

Den Herrn Reichskanzler **zu ersuchen:**

1. Die Sonntagsruhe für die Beamten der Reichspostverwaltung durch Einstellung des Geld-, Nachnahme-, Drucksachen- und Paketverkehrs an Sonn- und Festtagen, sowie durch Verkürzung der Schalterstunden für den Paketverkehr an den **Vorabenden dieser Tage in erhöhtem Maße** durchzuführen;

2. für die mittleren und unteren Beamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung wöchentliche Maximalarbeitszeit weiter zu beschränken;

3. in der Statistik der Reichspost- und Telegraphenverwaltung eingehende Mitteilungen über die Verhältnisse der Postbeamten in den Schutzgebieten und im Auslande und über das außerhalb des Beamtenverhältnisses stehende Personal der Reichspost- und Telegraphenverwaltung zu machen.

Die erste Resolution wird **einstimmig angenommen**. Auch die zweite Resolution wird **angenommen**, doch stimmen gegen die Punkte 1 und 2 Nationalliberale und Freisinnige.

Eine große Reihe von Titeln werden ohne wesentliche Debatte **bewilligt**.

Beim Titel „Oberpostdirektionen" bringt Abg. **Kunert** (Sozd.) einige Fälle über angebliche Verletzung des Briefgeheimnisses vor, die im Bezirk Kassel vorgekommen sein sollen.

Staatssekretär **Kraetke** erwidert, daß in dem einen Fall das Verschulden eines Beamten festgestellt sei, der Beamte sei entlassen worden. Da könne man der Postverwaltung doch keinen Vorwurf machen, denn untreue Beamte kämen hier und da immer mal vor.

Abg. **Eickhoff** (freis. Vkp.) protestiert gegen die gestrige Bemerkung des Staatssekretärs, daß ein bestrafter Beamter nicht befördert werden dürfe. Man müßte hier den Grundsatz verfolgen: Ne bis in idem.

Staatssekretär **Kraetke** erwidert, der Vorredner habe ihn vollständig mißverstanden, einen derartigen Ausspruch habe er nie getan. Er habe nur gesagt, daß ein Beamter gleich nach seiner Bestrafung keinen Anspruch auf eine Zulage habe.

Auf eine Bemerkung des Abg. **Kunert** erwidert Staatssekretär **Kraetke**, er wisse noch immer nicht, was Herr Kunert eigentlich wolle. In dem einen Falle, wo ein Verschulden eines Beamten nachgewiesen sei, sei eine Bestrafung erfolgt. Mehr könne die Verwaltung doch nicht tun. Auf Grund solcher Vorfälle könne man doch nicht allgemein den Satz aufstellen, daß die Post das Briefgeheimnis verletze. Er müsse gegen dieses Vorgehen energisch protestieren. (Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Dr. **Müller**-Sagan (freis. Volksp.) wird hiermit der Titel **„Unterbeamte"** von der Tagesordnung abgesetzt, da die Budgetkommission für diese Beamten eine Gehaltserhöhung beantragt habe.

Beim Titel **„Oberpostassistenten"** tritt Abg. **Bruhn** (Antis.) dafür ein, daß den Beamten an der Ostsee die Teuerungszulage gewährt **werde**, die sie an der Nordsee, z. B. in Norderney, bekämen.

Staatssekretär **Kraetke** erwidert, die Zulagen würden von den Oberpostdirektionen zugeteilt, von Berlin aus könnte man es nicht übersehen, wo die Zulage nötig sei.

Beim Titel **„Unterbeamte im Landbestelldienst"** wünscht Abg. **Zubeil** (Soz.) eine Erhöhung der Gehälter der Landbriefträger.

Auch dieser Titel wird abgesetzt, bis die Verhandlungen der Budgetkommission beendet sind.

Beim Titel **„Postagenten"** tritt Abg. **Graf Oriola** (nl.) für **eine Aufbesserung der Postagenten ein.**

Staatssekretär **Kraetke erwidert, die Verhältnisse der Postagenten** seien so verschieden, daß eine allgemeine Aufbesserung nicht möglich sei. Doch werde in den Fällen, in denen die Agenten sehr viel Arbeit und viele Auslagen hätten, eine größere Entschädigung gewährt werden. 15,000 M. seien dafür in den Etat eingestellt.

Beim Titel **„Posthilfsstellen"** bittet Abg. **Held** (nl.), größere Beträge für diesen Titel in den nächsten Etat einzustellen.

Der Titel wird **bewilligt**, ebenso ohne wesentliche Debatte der **Rest des Ordinariums** und die **Einnahmen**, mit Ausnahme der an die Budgetkommission verwiesenen Teile.

Nächste Sitzung: **Montag** 1 Uhr. (Zweite Beratung des Nachtragsetats für Südwestafrika.)

Schluß 6¼ Uhr.

Preußischer Landtag.

(Eigener Bericht der „Saale-Zeitung.")

Abgeordnetenhaus.

Abendsitzung vom 26. Januar.

7½ Uhr.

Am Ministertische: v. **Podbielski**, Graf v. **Lehndorff**

Vizepräsident Dr. **Porsch** eröffnet die Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung **des Etats** der Gestütsverwaltung.

Abg. Dr. **Becker** (Ztr.) ersucht den Landstallmeister, sich nicht von einer Mode bei den Gestüten leiten zu lassen. Das Absatzgebiet für die Kaltblutzucht müsse erweitert werden.

Abg. **Kopsch** (Fr. Vp.): Die Gestütsschule in Trakehnen (Rufe: Ah!) hat das Haus sehr oft beschäftigt. Es ist jetzt durch die Presse die Nachricht gegangen, daß der **Lehrer Nickel vom Amte suspendiert** ist, und daß er zum 1. Februar seine Wohnung räumen muß. Es muß wundernehmen, daß diese schärfste Disziplinierung gegen Nickel zur Anwendung gekommen ist, die nach dem Ministerialerlaß nur bei Verbrechen in Frage kommen soll. Für die Tätigkeit des Lehrers Nickel im Amte hatte sogar der Minister anerkennende Worte. Wenn Nickel den Landstallmeister Oettingen beleidigt hat, so tat er es im Kampf für die Besserung der Schulverhältnisse, im Kampf für sein und seiner Kollegen Ansehen. (Sehr richtig! links.) Schwer ist die Anordnung, die Wohnung bis zum 1. Februar zu räumen. Selbst die Kohlenbarone (Rufe: Oh!) im Ruhrrevier haben ihre Arbeiter nicht auf die Straße gesetzt, obwohl sie nach dem Gesetz dazu berechtigt gewesen wären. Diese grausame Maßregel bringt hier die Regierung gegen einen Lehrer zur Anwendung, der sich in seinem Amte nichts hat zu schulden kommen lassen! (Hört! Hört! links.) An das menschliche Mitgefühl will ich nicht appellieren in diesem Falle, wo es ein Lehrer gewagt hat, gegen eine hohe Persönlichkeit in Ostpreußen aufzutreten! Was ist dagegen geschehen, daß die Gestütsbeamten sich viele Unregelmäßigkeiten haben zu schulden kommen lassen, ein Techniker hat Oefen des Gestüts verkauft, Getreide haben die Beamten mit 1 Mark gekauft und mit 4 Mark verkauft usw., usw. Inwiefern ist der Minister seiner Erklärung nachgekommen, die Disziplinargewalt der Gestütsschulen dem Kultusminister zu übertragen? Der ganze Fall zeigt, daß derjenige, der sich mit den hohen Herren in Ostpreußen einläßt, immer auf der Strecke bleibt. (Beifall links.)

Landwirtschaftsminister **v. Podbielski**: Das Gericht hat das Verhalten des Lehrer Nickel als **verächtlich und schändlich** bezeichnet. (Hört! Hört! rechts.) Wenn ich gegen einen solchen Beamten, von dem das gerichtlich festgestellt wird, nicht disziplinarisch vorgehen wollte, würde ich meine Pflicht nicht tun. (Sehr richtig! rechts.) Ich war dennoch so entgegenkommend, daß ich dem Lehrer Nickel erklärte, ich würde das Disziplinarverfahren gegen ihn einstellen, wenn er bis zum 1. Februar **oder 1.** März sein Amt ohne Anspruch auf Pension niederlegt und die Dienstwohnung räumt. Die Uebertragung der Disziplinargewalt über die Gestütsschulen an das Kultusministerium habe ich schon in die Wege geleitet. Es ist aber dazu eine allerhöchste Kabinettsorder nötig.

Abg. **Kreth** (kons.) weist die Angriffe in einem Stimmungsbild der „Preußischen Lehrerzeitung" über eine Abgeordnetenhaussitzung **zurück, wonach** sich **nur die Linke** der **Lehrer** annehme.

Abg. **v. Oldenburg** (kons.): Es wäre gut gewesen, über den Fall gar nicht mehr zu reden. In meinem kurzen parlamentarischen Jammertal bin ich dahin gekommen, Sie (nach links) zu warnen, hier Fälle vorzubringen, in den meisten blamieren Sie sich. (Beifall rechts)

Abg. **Kopsch** (Fr. Vp.): Das Wohl und Wehe einer Familie liegt mir so am Herzen, daß ich für Ihre Art, diesen Fall hier zu behandeln, kein Verständnis habe. Die ganze Lehrerschaft steht hinter Nickel. Alle Leute, die gegen Oettingen ausgesagt haben, haben das Gestüt verlassen müssen. (Sehr richtig! links.)

Landwirtschaftsminister **v. Podbielski**: Die Leute, die das Gestüt verlassen haben, sind nicht dazu gezwungen worden; andere Gründe waren für diese maßgebend. Ich habe dem Lehrer Nickel das fernere Fortkommen nicht erschweren wollen, indem ich ihm freistellte, aus dem Amte zu scheiden. Herr Abg. Kopsch wird vielleicht auch noch erfahren, daß der Lehrer Nickel ein Herr ist, mit dem sehr schwer umzugehen ist.

Abg. **Kreth** (kons.) polemisiert nochmals gegen den Abg. Kopsch. Darauf wird die Debatte geschlossen.

Beim Titel „Beschaffung der den Gestütswärtern zu gewährenden Montierungen" bittet

Abg. **Hoffmann** (ntl.) um detaillierte Angaben und um Besserstellung der Gestütswärter, besonders inbezug auf den Wohnungsgeldzuschuß.

Ein **Regierungskommissar** erwidert, daß bei dem Eisenbahnetat noch größere Zusammenziehungen vorkommen. Die Gestütwärter sind inbezug auf den Wohnungsgeldzuschuß besser gestellt als die anderen Beamten, da dafür gesorgt wird, daß sie Dienstwohnungen erhalten.

Abg. **Kreth** (kons.) bittet bessere Bezahlung der Remonten in Ostpreußen.

Oberlandstallmeister Graf **Lehndorff** sagt wohlwollende Prüfung zu, es habe jedoch da der Finanzminister mitzureden.

Der Gestütsetat genehmigt.

Das Haus vertagt sich auf Sonnabend **11 Uhr: Rechnungssachen** und Fortsetzung der Etatsberatung.

Schluß 10¼ Uhr.

Ausland.

Tiszas Niederlage.

Nach der gestrigen Wahlniederlage Tiszas und der liberalen Partei in Ungarn gewärtigt man, daß Tisza in kürzester Zeit, spätestens unmittelbar nach Abschluß der Wahlen sein Entlassungsgesuch einreichen wird. In Wien bezeichnet man Szell oder Graf Julius Andrassy als seinen Nachfolger.

Die Unruhen in Rußland.

In Petersburg.

Der Vorstand der Bergbau-Akademie faßte wegen der Ereignisse vom 22. Januar folgende Beschlüsse:

1. Sein tiefes Bedauern über die so entsetzlichen Ereignisse zum Ausdruck zu bringen.
2. Die Fortsetzung der Studien für unmöglich zu erklären.
3. Den Angehörigen der Getöteten die Sympathie auszudrücken.
4. Gebete für die Getöteten abhalten zu lassen und Kränze an den Särgen der beiden getöteten Studenten der Akademie niederzulegen.
5. Diese Beschlüsse **zur Kenntnis des Ministers für Ackerbau zu bringen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19050127022/fragment/page=0002

Der Vorstand des Instituts der Zivil-Ingenieure nahm eine gleiche Resolution an. An der Universität ist die Anmeldung zu den Vorlesungen bis zum 28. Februar verschoben.

Nach einer redaktionellen Notiz des „Standard" liegt Grund zur Annahme vor, daß verschiedene Korrespondenten in Petersburg fürchten, verhaftet zu werden.

Großfürst Konstantin, welcher einer feierlichen Sitzung der Gelehrten und Schriftsteller vorsitzen sollte, ist infolge der Verhaftungen von Professoren sehr bestürzt; er dürfte eine Auslandsreise unternehmen.

Auf der Wiborger Seite ist in keiner einzigen Fabrik die Arbeit wieder aufgenommen worden. Die Arbeiter zeigen sich gegen die Bekanntmachung des Finanzministers und des Generalgouverneurs gleichgültig; sie sagen, daß am Freitag darüber entschieden werde, ob die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Eine Versammlung von Redakteuren der Petersburger Zeitungen beschloß, die Zeitungen am Sonnabend wieder erscheinen zu lassen und jeder die Anordnungen nur amtliche Berichte zu bringen ohne jeden die Anordnungen Kommentar.

In Moskau.

An den Straßenecken ist eine Kundgebung des Stadthauptmanns angeschlagen, welche besagt, unter dem Einfluß von Drohungen Uebelgesinnter sei ein Ausstand ausgebrochen, daher erachte der Stadthauptmann es für seine Pflicht, die Arbeiterbevölkerung in Kenntnis zu setzen, daß zu ihrem Schutze gegen die Agitatoren entschiedene Maßnahmen getroffen seien. Die Arbeiter, welche die Arbeit aufnehmen wollten, könnten das ohne Gefahr für ihre Sicherheit tun. — In den Werkstätten der Kursker, Breiter, Moskau-Kalanbahn ist die Arbeit eingestellt. Die Wasserleitung, die elektrische Station und die Gasanstalt werden durch Polizei und Militär bewacht. Der Versuch einer starken Arbeitergruppe, den Betrieb der Gasanstalt zu stören, wurde vereitelt.

Donnerstag nachmittag hatte eine Versammlung von Studenten und Schuljungen in der Nähe der Universität von Moskau bewaffnete Eingriffe von Gendarmen und drei Schwadronen zur Folge. Die Soldaten erhielten mehrere kurze Messerwunden, Pferde wurden aufgeschlitzt, und ein Gendarm fiel mit durchschnittener Kehle. Zwei Salven wurden gefeuert, die erste in die Luft, die zweite auf die Menge, welche sich zerstreute, Blutlachen auf dem Schnee bezeichneten den Kampfplatz. Die Verwundeten wurden sofort in Droschken gelegt und fortgefahren und die Toten in die Höfe getragen, deren Tore geschlossen wurden. Die ganze Sache war in zehn Minuten vorüber. Unter der Menge wurden sogar Schuljungen gesehen, die mit langen Küchen- und Schlachtmessern bewaffnet waren. Der Zusammenstoß war das Resultat eines Zufalls und ganz unorganisiert. Das Volk in Moskau ist durchaus unvorbereitet infolge des Mangels einer Organisation. Am Mittwoch hätten sich die Straßen mit Menschenmengen, die durch den Nebel erinnigt waren. Vier weitere Regimenter kamen in Moskau an und lagern in voller Feldausrüstung in der Nachbarschaft der Fabriken. Die Nischnij-Tulaarbeiter bemühen sich, drahtlich mit anderen streikenden Städten in Verbindung zu treten.

In Saratow.

Der Ausstand gewinnt an Ausdehnung; alle Druckereien und Werkstätten stellten die Arbeit ein. Die Angestellten der Nissian-Uralbahn arbeiten ebenfalls nicht; Zeitungen werden morgen nicht erscheinen; die Ordnung ist nicht gestört.

In Libau.

Donnerstag früh 6 Uhr drangen als Arbeiter verkleidete Personen in die Telephonstation, drohten den Beamten vom Dienst mit Erschießen und beschädigten die Leitungen. Der erwartete Ausstand begann hierauf in einer Drahtfabrik; die Arbeiter zogen unter Gesang zum Bahnhof. Die Arbeiter drangen gewaltsam in die Fabriken ein und erzwangen die Einstellung der Arbeit. In einigen Fabriken wurden die Fenster zertrümmert; die Läden sind geschlossen, der Telegraph ist beschädigt. — Die Fabrikanten hielten Donnerstag mittag in der Börse eine Versammlung ab.

Odessa.

Infolge der Anwesenheit von 2000 Mann Truppen und verstärkten Polizei-Patrouillen blieb alles ruhig und es kam nicht zum angedrohten allgemeinen Streik; ein spezielles Reskript von gestern erteilt dem Gouverneur volle und unbeschränkte Gewalt.

In Paris.

Im Justizpalast in Paris zirkuliert eine Adresse, durch welche die Anwälte des Appellationsgerichts in Petersburg dazu beglückwünscht werden, daß sie, um ihren Beruf zu ehren, gegen die heftigen Gewaltmaßregeln, durch die Petersburg mit Blut befleckt sei, Einspruch erhoben hätten.

Der Krieg in Ostasien.

Auf der Höhe von Hokkaido ist das österreichische Dampfschiff „Burma", mit einer Ladung Kohlen von Cardiff nach Wladiwostok unterwegs, von den Japanern beschlagnahmt worden.

Die Philippinen.

Einem Telegramm aus Manila zufolge sind zehn Eingeborene der Mariannen-Inseln bei Sulan in einem Kampfe mit amerikanischen Schützen und Polizeimannschaften getötet worden. Letztere hatten keine Verluste. Der Kampf dauert noch fort.

Siam.

Dem „Standard" zufolge nimmt die siamesische Regierung demnächst in London die erste Anleihe in Höhe von 2 Millionen Pfund Sterling auf.

Kunst und Wissenschaft.

— Balduin Möllhausen, der bekannte Roman- und Reiseschriftsteller, vollendet heute, am Geburtstage des Kaisers, das achtzigste Lebensjahr. Der wackere Achtzigjährige erfreut sich als Schriftsteller und als Mensch allgemeiner Sympathien.

p. Hochschulnachrichten. Aus Berlin wird uns gemeldet: Beim Kaiserfestakt der Technischen Hochschule verkündete Rektor Miethe, daß der Direktor der Eisenbahnabteilung im Eisenbahnministerium Wirklicher Geheimer Rat Schröder ehrenhalber zum Doktoringenieur promoviert worden sei. — Weiter wird uns aus Berlin vom 26. gemeldet: Heute starb der Professor der Mathematik an der Technischen Hochschule Geheimer Regierungsrat Guido Hauck. — Der a. o. Professor der Theologie Lic. theol. et Dr. phil. Karl Thieme in Leipzig ist von der theologischen Fakultät der Universität Göttingen zum Dr. theol. hon. causa ernannt worden. — Der a. o. Professor für Dermatologie und Direktor der Poliklinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten an der Universität Rostock, Dr. Max Wolters, ist zum Honorar-Professor ernannt worden. — Am 25. d. habilitierte sich an der Universität Greifswald Dr. Friedrich Curschmann als Privatdozent für mittelalterliche Geschichte. Seine Austrittsvorlesung behandelte: Die Slavenpolitik der deutschen Kaiser im Mittelalter. — Professor Dr. Otto v. Franklin zu Tübingen feiert heute seinen 75. Geburtstag; er kann gleichzeitig auf eine mehr als 30jährige Lehrtätigkeit an der dortigen Universität zurückblicken. Dr. v. Franklin wirkte dort als Ordinarius für deutsches Privatrecht und Handelsrecht von Herbst 1873 bis 1904 und lebt seitdem im Ruhestand, hält aber noch Vorlesungen über Verlags- und Patentrecht. — Der Gymnasiallehrer Dr. J. Niedermann in La Chaux de Fonds (Schweiz) wurde laut „Frkf. Ztg." zum a. o. Professor der Philologie an der Akademie in Neuenburg ernannt.

Provinzialnachrichten.

-e. Nienburg, 26. Jan. [Feuer. — Diemenbrand.] In dem benachbarten Dorfe Zschernitz brach ein Feuer aus, das glücklicher Weise auf den Herd seiner Entstehung beschränkt werden konnte. Ein Hintergebäude des Ritterguts brannte vollständig aus. Das Schadenfeuer ist durch Unvorsichtigkeit entstanden, indem Leute den Schweinestall, in dem junge Ferkel sich befanden, mit heißen Steinen, die sie unter das Stroh gelegt hatten, erwärmen wollten. Die heißen Steine hatten das Stroh angezündet. — Beim Dorfe Rödgen b. D. brannte ein Strohdiemen des Gutsbesitzers Noack nieder. Man vermutet Brandstiftung.

—r. Eilenburg, 26. Jan. [Schreckerstraße.] Zu Ehren unseres kürzlich verstorbenen Ehrenbürgers, Bürgermeister Schrecker, der sich um die Entwickelung des städtischen Gemeinwesens hohe Verdienste erworben hat, ist der Kanalstraße die Bezeichnung „Schreckerstraße" beigelegt worden.

* Wernigerode, 26. Jan. [Ueberfahren.] Auf der Schmatzfeldertraße wurde gestern abend gegen 9 Uhr ein von Schmatzfeld kommender fremder Handwerksbursche von einem Automobil überfahren. Der Automobilist fuhr weiter, ohne sich um den Unglücklichen zu kümmern. Dieser wurde glücklicherweise von Passanten gefunden und im Chausseegraben niedergelegt, bis polizeiliche Hilfe zur Stelle war. Da ein Bein des Mannes gebrochen ist, wurde seine alsbaldige Ueberführung in das Kreiskrankenhaus angeordnet. Leider hat bisher nicht festgestellt werden können, welches Automobil das Unglück angerichtet hat. Wäre der Verunglückte nicht noch rechtzeitig gefunden worden, so würde er wahrscheinlich auf der Straße erfroren oder an Brand gestorben sein.

* Magdeburg, 29. Jan. (In der gestrigen Stadtverordnetensitzung) gab es u. a. eine Debatte über die Gefährdung der Gesundheit durch schlechtes, vom Lande eingeführtes Fleisch. Es wurden allerlei Ratschläge gegeben, um den aus dieser Fleischausfuhr drohenden Gefahren zu begegnen. Erörterung über die anderweitige Abgrenzung der Stadtteile Buckau und Sudenburg. Sie ergab nach der „Magd. Ztg." die Ablehnung der Vorlage mit 35 gegen 18 Stimmen. Zuletzt entspann sich noch eine Besprechung über die Beisetzung von Aschenurnen in und auf Gräbern der städtischen Friedhöfe.

* Salzwedel, 26. Jan. [Verhängnisvoller Scherz.] Ein Großknecht in Klöden, der mit einem Teiching Sperlinge geschossen hatte, legte im Scherz auf die Großmagd an und traf sie ins linke Auge, so daß es auslief. Die Verletzte wurde in das hiesige Krankenhaus gebracht.

* Eriden (Kreis Oschersleben), 26. Jan. [Ueberfall.] In der Nacht zum Montag war der Zimmermann Kotzbau, der von einem Moskenball heimkehrte, von fünf Männern überfallen und durch Messerstiche entseelt zugerichtet worden. Der Verletzte konnte sich noch bis zu dem Gasthof, in dem der Moskenball abgehalten wurde, zurückschleppen. Er wurde auf Anordnung eines Arztes in das Krankenhaus zu Seehausen geschafft. Gestern wurde nun der Dienstknecht D. aus Gr. Holzquern verhaftet und in das hiesige Gerichtsgefängnis gebracht. Man vermutet in ihm einen der Täter.

* Pößneck, 26. Jan. [In der jüngsten Sitzung des Gemeinderats] griff der Vorsitzende auf die Sitzung des Meininger Landtages vom 18. Januar zurück, in welcher der Abgeordnete Krause-Saalfeld über ein Gesuch des Rentners König in Pößneck um Aufhebung des Beschlagnahmerechts der Gemeinden referierte und bei dieser Gelegenheit gegen die Stadtgemeinde Pößneck schwere Vorwürfe erhob. Nach längerer Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der Gemeinderat verwahrt sich entschieden 1. gegen die seitens des Landtagsabgeordneten Krause in der Sitzung vom 18. d. M. den städtischen Behörden in der Königschen Sache gemachten Vorwürfe des Rechtsmißbrauches, der Ungerechtigkeit, der Schikanen und Verletzung einer Anstandspflicht und weist dieselben als völlig unberechtigt zurück. 2. Der Gemeinderat kann auch keinen Personen oder Behörden das Recht zugestehen, in dieser lediglich die Privatinteressen der Stadt betreffenden Angelegenheit irgendwelchen Druck auszuüben, zumal er sich mit dieser Ansicht lediglich im Einklang mit der Staatsregierung befindet."

* Ohrdruf, 26. Jan. (Großfeuer). Heute Nacht ist in Crawinkel die Dampfschneide- und Mahlmühle von Willi Wohlkopf gänzlich niedergebrannt. Große Vorräte an Mehl und Getreide sind mit verbrannt. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

* Leipzig, 26. Jan. [Der Buchhändlerbörsenverein] hat Einspruch dagegen erhoben, daß die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung an Volksbibliotheken, die ihr als Mitglieder angehören, Bücher nicht nur unentgeltlich, sondern auch gegen Zahlung von zwei Dritteln des Ladenpreises abgibt. Der Zentralausschuß der Gesellschaft hat beschlossen, den Wünschen des Buchhändlervereins nachzukommen; er erklärt dabei aber, daß er die Erwartung hege, daß die Organisation der Buchhändler den Charakter der Gesellschaft als einer gemeinnützigen Rechnung tragen werde.

⊙ Pirna, 26. Jan. [Eine Veteranin von 1870/71.] Wenige Tage nach ihrem 90. Geburtstag starb hier die frühere Marketenderin Christiane verw. Hedrich. Im Jahre 1870 machte sie mit dem 107. Infanterie-Regiment als Marketenderin den Feldzug gegen Frankreich mit und hat bis zum Schlusse desselben tapfer ausgehalten. Die mancherlei Strapazen, denen sie sich unterziehen mußte, haben nicht vermocht, ihre Jahre zu kürzen.

* Lichtenstein-C., 26. Jan. [Vom elektrischen Strom getötet.] Der im benachbarten Hohndorf wohnhafte 20jährige Bergarbeiter Paul Kandler verunglückte dadurch tödlich, daß er in dem Bemühen, einen entgleisten Hund wieder in seine frühere Lage zurückzubringen, dem elektrischen Strome zu nahe kam. Er war sofort tot.

* Freiberg i. S., 26. Jan. [Tod auf den Schienen.] Heute nacht gegen 1 Uhr ist in der Nähe der Haltestelle Muldenhütten ein unbekannter Mann im Eisenbahngleise liegend tot aufgefunden worden. Ob ein Unfall oder Selbstmord vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden.

* Plauen i. V., 26. Jan. [Lutherhaus.] Die hiesigen vereinigten Kirchenvorstände erklärten sich auf Grund der Berichterstattung des Herrn Landgerichtspräsidenten Dr. Hartmann mit der Errichtung eines Lutherhauses auf dem Lutherplatze grundsätzlich einverstanden. Früher war die Errichtung eines Luther-Denkmals geplant.

Gerichtsverhandlungen.

Reichsgericht.

⁜ Leipzig, 26. Jan.

Wegen Beleidigung des Kaisers ist am 9. September vom Landgericht Halle a. S. der Redakteur des dortigen „Volksblattes", Robert Fette, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden, nachdem ein früheres freisprechendes Urteil vom Reichsgericht aufgehoben worden war. Es handelte sich um die bekannte Notiz, daß in einem Wiener Krankenhause ein Mann gestorben war, welcher sich für einen natürlichen Sohn des Kaisers Friedrich ausgegeben hatte. — Die Revision des Angeklagten gegen das neue Urteil wurde heute vom Reichsgericht verworfen.

Gleichfalls verworfen wurde die Revision der Arbeiter Herrling und Gründler, welche am 17. Juni v. J. vom Landgericht Halle a. S. wegen Hausfriedensbruchs usw. zu 9 bezw. 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden sind. Sie waren unter dem Drahtgitter durch in den Seebener Fasanengarten gekrochen und hatten hier ein Renkontre mit dem Förster. Die Frage, ob man es bei diesem Wildgehege mit einem umschlossenen Raume zu tun habe, wurde vom Reichsgericht bejaht.

Vermischtes.

Graf Pückler und der Orden pour le mérite. Graf Pückler hat Knopflochschmerzen und nimmt allen Ernstes den Orden pour le mérite für sich in Anspruch. Er beklagt sich in seinem neuen Organ, das gestern erschienen ist, bitter über die Undankbarkeit des deutschen Vaterlandes. Ueber seine Verurteilung schreibt er unter anderem folgendes: „Also sechs Monate Gefängnis! Das ist der Dank des deutschen Volkes für die ungeheuren Opfer, welche ich gebracht. Pfui Teufel, da kann man allerdings beinahe verzweifeln an der eigenen Nation, wenn solche Urteile möglich sind. Nicht eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten, sondern eine hohe Auszeichnung verdiene ich, den Orden pour le mérite hätte ich schon lange erhalten müssen mit Diamanten und Schwertern als Belohnung für meine Mühe und für meine Opferwilligkeit." Ob man des Grafen sehnlichen Wunsch erfüllen wird?

Reingefallen. Ein Kieler Gastwirt fand letzthin im Geldbehälter seines vor dem Lokale aufgestellten Schokoladen-Automaten fünf 2-Oere-Stücke, auf welche der Apparat ebensoviele Schokoladentafeln herausgegeben hatte, weil die genannte Münze unserem 10-Pfennigstücke an Gewicht und Größe fast genau gleicht, dabei jedoch nur einen Wert von 2½ Pf. hat. Der Wirt, der das fatale Kupfergeld nicht im Hause behalten wollte, schenkte es einem vorübergehenden Jungen. Wer leichtgeht aber seine Ueberraschung, als er nach einigen Minuten, während welcher er aus dem Gastzimmer die neue Füllung für den Automaten besorgte, wieder fünf 2-Oere-Stücke im Geldbehälter des Apparates fand! Zum zweiten Male hat der Wirt das dem Betruge Vorschub leistende Geld nicht verschenkt, und der Junge wird sich auf dem Schauplatz seiner Mißtat wahrscheinlich nicht sobald wieder sehen lassen.

Mit Beschlag belegt. Die städtischen Behörden von Valparaiso haben das Vermögen des New Electric Traction Company wegen einer Schuld von 20,000 Pesos, die die neue Gesellschaft der früheren Straßenbahngesellschaft gegenüber hat, mit Beschlag belegt.

Standesamtliche Nachrichten.

Standesamt Halle N. (Burgstraße 38), 26. Januar.

Geboren: Eisenbrenner Albert Naumann S., Albert (Fleischerstraße 39). Geschirrführer Otto Mühlbach T., Anna (Weißenburgstraße 9). Arbeiter Wilhelm Helmert T., Frieda (Trotharstraße 37).

Gestorben: Bergmanns Hermann Fehse T. Luise, 5 J. (Köthenerstr. 3). Witwe Therese Lüttich geb. Weise, 84 J. (Neumarktstr. 7). Invad. Arbeiter Karl Friedrich, 56 J. (Berlinerstr. 31). Kohlenhändlers Karl Eckler Ehefrau Olga geb. Bimmebös, 49 J. (Kl. Märkerstr. 3). Stadtsekretär a. D. Otto Rühlmann aus Naumburg a. S., 43 J. (Nervenklinik).

Standesamt Halle S. (Steinweg 2), 26. Januar.

Aufgeboten: Maurer Richard Mülkner und Auguste Erge (Landsbergerstr. 53 und Landwehrstr. 19). Bauschlosser Karl Schmidt und Frieda Kreiter (Lessingstr. 4 und Pfännerhöhe 34). Büffetier Franz Später und Marie Kalze (Ilmenau und Wörmlitzerstr. 102).

Geboren: Steinsetzer Paul Andrae S., Richard (Weingärten 38). Former Friedrich Funke S., Robert (Herrenstr. 10). Handarbeiter August Eichel S., Fritz (Torstr. 28). Schuhmacher Johann Mothyssek S., Kurt (Jacobstr. 27). Kutscher Wilhelm Deutsch T., Marie (Thüringerstr. 7). Monteur Theodor Rother S., Kurt (Jacobstr. 4). Handarbeiter Louis Hund S., Arthur (Schmiedestr. 27). Eisendreher Matthias Vospichill T., Lulie (Kuttelhof 11). Restaurateur Wilhelm Kiel T., Elie (Schülershof 7). Handarbeiter Karl Rasch S., Fritz (Forsterstr. 18). Bauker Julius Becker T., Luise (Martinsberg 9).

Gestorben: Stanislawa Kaymarek, 23 J. (Klinik). Knecht Otto Hetzler, 15 J. (Klinik). Malerlehrling Richard Müller, 17 J. (St. Elisabeth-Krankenhaus). Kaiserl. Bankrat Hans Martins, 63 J. (Königstr. 89). Witwe Friederike Märker geb. Weise, 56 J. (Klinik). Witwe Wilhelmine Hechtfischer geb. Schmeiser, 91 J. (Siechenhausstiftung). Maurers Friedrich Albrecht Ehefrau Emilie geb. Schulze, 45 J. (Klinik).

Auswärtige Aufgebote.

Hoboist und Unteroffizier Arthur Schwemmler u. Juliana Rex in (Danzig).

Wetter-Aussichten

auf Grund der Berichte der Deutschen Seewarte.

[Nachdruck verboten.]

28. Januar: Leichter Frost, Schneegestöber, lebhafter Wind.
29. Januar: Feuchtkalt, Schneefälle, windig.
30. Januar: Frost, teils heiter, teils wolkig.
31. Januar: Milder, wolkig, frische Winde, strichweise Schnee.
1. Februar: Frost, vielfach heiter.

Meteorologische Station zu Halle.

	26. Januar (9 Uhr 12 Mtn. ab.)	27. Januar (7 Uhr 12 Mtn. mrg.)
Barometer Millimeter	769,2	773,6
Thermometer Celsius	—1,4	—4,0
Rel. Feuchtigkeit	74 %	84 %
Wind	NW 2	NW 2

Maximum der Temperatur am 26. Januar +2,2° C.
Minimum in der Nacht vom 26. Januar zum 27. Januar: —4,8° C.
Niederschläge am 27. Januar 7 Uhr morgens 3,0 mm.

Leitung: Otto Sonne.

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann; für den lokalen Teil: Heinrich Goeres; für Provinzialnachrichten: Jean Eichweiler; für das Feuilleton: Dr. Arthur Ploch; für den Handelsteil: Ernst Böhme; für den Inseratenteil: Carl Romacker. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 10 Seiten. —

Blumen blühen an den Fensterscheiben

und die Erde starrt in Eis und Kälte. Wohl dem, der sich's am warmen Ofen behaglich machen kann. Wer aber hinaus muß, der sehe sich vor — nicht nur durch Pelze und Unterkleider! Man solle, namentlich wenn man empfindlich ist, immer eine Pastille (Gaps ächte Sodener) im Munde haben, damit man gegen Katarrhe geschützt sei. Die Pastillen bekommen im Gegensatz zu Süßigkeiten dem Magen vortrefflich, sie lassen Katarrhe nicht aufkommen und dulden keinen, der vorhanden ist. Die Schachtel kostet nur 85 Pfg. in allen Apotheken Drogerien 2c.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19050127022/fragment/page=0003

Fritz Reuter's Werke, prachtvoll illustr. von H. Stubenrauch (ca. 800 Bilder), grosse klare Schrift, grosses Format, schönste Ausgabe! Perlen d. Humors — auch illustrat.! Plattdeutsche Ausgabe! Nur solche giebt Reuter's Humor wieder. Liefrg. 1 bis 3 (192 Seit. Text und ca. 55 Illustr.) zur Probe für 1.— Mk. frko.
A. ECKSTEIN NACHF., Berlin W. 57/65.

Hobelbänke
stets auf Lager Wormlitzerstr. 103.

Seidenhaus Georg Schwarzzenberger

Halle a. S. Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins. Gr. Steinstr. 88.

Neueste Farben in bestem Kostüm-Sammet
unempfindlich gegen Druck und Nässe.
Velvet-Sammete für Blusen und Kleidchen
Meter von Mk. 1.00 an.

Theatertexte
hält vorrätig
Otto Hendel Buchhandlung,
Markt 24.

Stadttheater Halle S.
Sonnabend den 28. Jan. 8 Uhr
5. Volks-Vorstellung zu kleinen Preisen.
Der Waffenschmied v. Worms.
Komische Oper in 3 Akten v. A. Lortzing.
Personen.
Hans Stadinger, berühmter Waffenschmied und Tierarzt — W. Rabot
Marie, seine Tochter — E. Fiebiger
Ritter Graf v. Liebenau — C. Muth
Georg, sein Knappe — R. Wöttcher
Ritter Adelhof a. Schwab. — A. Aumann
Irmentraut, Mariens Erzieherin — Mara Ulrich
Brenner, Gastwirt, Stadingers Schwager — Th. Raven
Ein Geselle — Fr. Pflüger

Bilz Bilz Bilz Bilz

Naturheilanstalt Dresden-Radebeul. 8 Ärzte. Gute Heilerfolg. Sonnen-, Luft-, elektr. Licht-, elektr. Wasser-, Dampf-, kohls. Bäder, Packg., Massage Heilgymn. Aspirpäte Bilz. Prospekte frei. Winterkur.

Naturheilbuch Tausende verdanken demselben ihre Gesundung. 1 Million Exempl. schon verkauft 3 Bände. 3000 Seiten. 1500 Abbild. u. Tafeln, 16 Modelle d. menschl. Körpers. Preis 25 Mk.

Zukunftsstaat Allen Menschen wird ein sorgenfreies Dasein gesichert. Die wirkliche Lösung d. soz. Frage. Viele Anerk. Schreiben liegen vor. 900 Seiten. Pr. brosch. M. 3.50, gb. M. 4.50.

Hausschatz der Bildung z. d. Wissens, lehrt Engl., Französ., Buchführg., Stenogr., Physik, Chemie usw. 4000 Seit. 1700 Abbild. 135 Tafeln. 5 Bände, jeder für sich abgeschlossen. Pr. à 12 Mk.

Zu bezieh. d. Bilz Verlag, Leipzig. Teilzahlung. Ausf. Prosp. frei. Bücherverkäufer gesucht.

August Stapel
Garteningenieur
Gera (Reuß)
Luisenstraße 10pt.
Fernsprecher 932

Uebernahme aller technischen u. praktischen Arbeiten für Park- und Gartenanlagen

Gebr. Ohmann
Papierwaren-Fabrik G. m. b. H.
Halle a. d. S. Dessauerstr. 5, Rossplatz
empfehlen
Pappteller, Tortenschachteln, Tortenpapiere, Servietten.

Paul Danneberg, Dekorateur, Halle,
Kl. Ulrichstrasse 18a.
Kl. Ulrichstr. 18a.
Fernruf 2819.
Empfehle meine nur mit
Ia. Polstermaterial gearbeiteten
Polstermöbel
ohne Wergpolster, in allen Preislagen.
Ueber **200** moderne Polstermöbel
fertig bis zum Ueberziehen, am Lager.
Ueberraschend grosse Auswahl von **Möbelstoffen,**
in allen erdenklichen Farben, Stilarten und Qualitäten.

Wann gastiert Frau Ottilie Metzger?

H. W. Heidmann
Berlin
Kontor N. W. Paulstrasse 20 b, Fernspr. Amt II, 588
Prima engl. Wales Anthrazit
für Hausbrand und Generator-Anlagen.

Hallesche Ortsgesetze.

Polizei-Vorschriften, Ortsstatute und Regulative der Stadt Halle a. S. Zusammengestellt und erläutert von v. Holly, Stadt- und Polizeirat. 2. vollständig umgearbeitete Auflage. Gr. Oktav, 1894. in Leinw. geb. 6 Mk.

Nachträge zu den im Jahre 1894 amtlich herausgegebenen Polizei-Vorschriften der Stadt Halle a. S. Amtliche Ausgabe. Gr. Oktav, 1899, geb. 3,60 Mk.

Ortsstatute, Ordnungen und Regulative der Stadtgemeinde Halle a. S.
Amtliche Ausgabe. Gr. Oktav, 1899, geb. 2 Mark.

Bau-Polizei-Ordnung für die Stadt Halle a. S.
— vom 10. April 1889 — in der Fassung der Nachtrags-Verordnungen vom 28. November 1892, 10. Januar 1897, 20. Juli 1898 (sogen. Zonen-Bau-Ordnung) und 26. August 1898.
Die Nachträge sind durch fetten Druck kenntlich gemacht.
Gr. Oktav, 1899, geb. 1 Mark.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und
Otto Hendel Verlag.

Neues Theater
Direktion: E. M. Mauthner.
Sonnabend den 28. Jan., Anfg. 8½
Sudermann-Zyklus II.
Schmetterlingsschlacht.
Sonntag 4 Uhr Volks-Vorstellung, 60, 40, 20 ₰. **Traumulus.**
Abends 8½: **Kilometerfresser.**
Schwankneuheit von Kraatz.

Aus heute eintreffender Ladung empfehlen wir die ersten
süssen Messina-Apfelsinen,
allerfeinste grosse 100 St. 7.25, Dtzd. 0.90.
feinste grosse 100 St. 6.00, Dtzd. 0.75.
Valencia-Apfelsinen 100 Stück 4.75 u. 3.60, Dtzd. 0.60 u. 0.45.
allerf. Messina-Zitronen 100 Stück 4.40, Dtzd. 0.55.
Ferner täglich frisch in grösster Auswahl:
Mandarinen, blaue Brässeler Treibhaustrauben, franz. Calvilles, Tirol. Aepfel,
prachtvolle Madeira-Ananas, Pfd. 0.90 u. 1.10,
engl. Treibhaustomaten, span. Zwiebeln zum Füllen, ital. Dauermaronen, Teltower Rübchen, französische Artischocken, Kopfsalat, Endivien, Staudensellerie,
neue Kartoffeln, Matjes-Heringe,
Geflügel, Wild und Wildgeflügel, Hummer, lebend und gekocht, Engl. und Holl. Austern, Astrach. und Kaiser-Malossol-Kaviar, Rhein- und Weser-Lachs,
Gemüse- und Fischkonserven, sowie Kompottfrüchte zu besonderen Ausnahmepreisen.
Pottel & Broskowski.
Pünktlicher Versand nach auswärts.

Benkensteins
Akademisches Musik-Institut.
Mittwoch den 1. Februar, abends 7½ Uhr, im Saale der Loge „zu den fünf Türmen", Albrechtstrasse
XI. Musik-Aufführung.
Programm.
Klavierwerke: Adagio aus d. Septett v. Beethoven, Nocturno, Polonaise, Fantasie-Impromptu von Chopin, Abendstern-Paraphrase, Rhapsodie No. VIII von Fr. Liszt.
Gesangswerke: Szene und Duett (Valentine-Marcell) aus „D. Hugenotten", Szene, Cavatine und Arie aus „Prophet" von Meyerbeer, Arie aus Josua von Händel, Rezitativ und Romanze aus „Tell" von Rossini, Lieder von E. Grieg, Terzett aus d. „weissen Dame" v. Boieldieu.

Apollo-Theater
Direktion: Gustav Poller.
Heute Freitag, den 27. Jan.
Große Festvorstellung
zur Feier des Geburtstages Sr. Maj. des Deutsch. Kaisers Wilhelm II.
Auftreten der grossen Attraktionen:
Captain
Rudolf
8 Phantom Guards.
Namdroux u. Clemence.
Hans Girardet.
Dröses Velograph mit der entzückenden
„Nordlandsreise."

Die letzten
extra starken Hasen
dieser Saison, besonders feinschmeckend, ca. 9 Pfund schwer, empfiehlt
Krabs & Keller, Blücherstraße Nr. 7.

Freitag, 3. Februar, 8 Uhr abends
im Saale der „Loge zu den fünf Türmen" (Albrechtstrasse)
III. Kammermusik
von Hans Rosenmeyer, Bruno Henschel, Robert Hopfer und Otto Schwendler
unter Mitwirkung von
Frau Professor Mathilde Schmidt.
Programm: 1. Beethoven: Streichquartett Es-dur (op. 74.) 2. Rob. Franz: Schlußlieder. 3. Schubert: Variationen-Satz a. d. Streichquartett D-moll. 4. Rob. Schumann: Fünf Lieder.
Karten a 1,55 M, 1,05 M und 80 ₰ (inkl. Billettsteuer) in der **Hofmusikalienhandlung Reinhold Koch,** Alte Promenade 1a (Fernsprecher 2129). — Für Studierende Billetts beim Universitätskastellan.

Walhalla-Theater
Inh.: Otto Herrmann.
Aus Anlaß des Geburtstags Sr. Majestät
Grosse Festvorstellung.
Prolog
verfaßt und gesprochen von
Otto Richard.
Hierauf das
phänomenale Jannar-Programm.

Bauer's Brauereiausschank Rathausstr. 3.
Heute Anstich v. hochfeinem Bockbier.
Sonnabend und Sonntag früh und abends
ff. Speckkuchen,
wozu mir erlaube, ganz ergebenst einzuladen.
Hochachtungsvoll **Paul Heinrich.**

Café Roland
Heute
zu Kaisers Geburtstagsfeier
Großes Extra-Konzert.
Anfang 4 Uhr nachm.

Jahnscher Turnverein.
Mittwoch u. Sonnabend Abend
Turnübung
in der Turnhalle am Roßplatz
Der Vorstand.

Auswärtige Theater.
Sonnabend den 28. Januar 1905.
Erfurt. Stadttheater: Der Familientag.
Gotha. Hoftb.: Nachmitt.: Lohengrin.
Leipzig. Neues Theater: Abds.: Fra Diavolo. — Altes Theater: Der Bettelstudent. — Schauspielhaus: Nachm.: Wintaeß Tausendbändchen. Abends: Eine Frau ohne Bedeutung. — Theater am Thomasring: Atharg.
Magdeburg. Stadttheater: Die Siebzehnjährigen!

Handwerker-Bild.-Verein.
Sonntag den 29. Januar cr., abends 7 Uhr, im großen Saale der „Kaisersäle"
Unterhaltungsabend.
Zu zahlreichem Besuche ladet ergebenst ein Der Vorstand.

Am 31. Januar cr.
Parole:
„Walhalla-Theater"
Grand Bal masqué.
Alles Nähere siehe Anschlagsäulen.

FRANKFURT A. M.
TÜRK & PABST's
Rühmlichst bekannte:
Anchovy Paste Sardellen Butter
Auf Brötchen gestrichen u. f. Saucen eine appetitreizende Delikatesse. In kleinen Portionsbüchsen oder Tuben stets frisch im Verbrauch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19050127022/fragment/page=0004